

- BI/hä

Bern, den 11. Februar 1964.

VertraulichNotiz für Herrn Bundesrat WahlenBesuch bei Aussen-
minister Kreisky

1) K. empfing mich am 6. Februar 1964 um 12.00 h. Die Besprechung dauerte über eine Stunde. Sie hatte allerdings mehr den Charakter eines Monologs des Aussenministers als einer eigentlichen Diskussion. Seine Ausführungen waren ausserordentlich offen und ungeschminkt. Ich habe von K. den Eindruck eines scharfsinnigen und klaren Politikers erhalten, der nach einer bestimmten Konzeption handelt.

K. war übrigens bei meinem Vortrag anwesend.

2) K. beklagte sich zuerst darüber, dass die Schweiz über Oesterreich schlecht informiert sei. Schliesslich sei Oesterreich ein Nachbarland, über das die schweizerische Oeffentlichkeit ausführlich orientiert sein müsse. Wünschenswert wäre, wenn die schweizerischen Zeitungen mehr und ständige Korrespondenten unterhalten würden.

K. war empört über einen Artikel über die verstaatlichten Industrien, der vor kurzem in der NZZ erschienen ist. Sein Verfasser, ein gewisser Mitic, aus den Kreisen der Volkspartei, gebe ein ganz einseitiges Bild.

3) Nach K. ist Oesterreich ein durchaus lebensfähiger Staat. Es sei ein reiches Land, das über zahlreiche Boden-



schätze verfüge, vor allem über Oel. Es habe auch gut qualifizierte Arbeitskräfte. In sieben bis acht Jahren werde Oesterreich den heutigen Lebensstandard der Schweiz erreicht haben.

Oesterreich müsse sich deshalb nicht der EWG unter jeder Bedingung an den Hals werfen. K. bedauert den Defaitismus gewisser Wirtschaftskreise, der in keiner Weise gerechtfertigt sei.

In diesem Zusammenhang äusserte K. den Wunsch, die schweizerische Industrie möchte mehr in Oesterreich investieren. Genügend qualifizierte Arbeitskräfte ständen hier zur Verfügung. Es sei doch für die Schweiz zweckmässiger, in Oesterreich Fabriken zu errichten, als die Zahl der Italiener im eigenen Lande zu erhöhen. Als nachahmenswertes Beispiel erwähnte er Brown Boveri, die in der Nähe der ungarischen Grenze eine neue Industrieanlage errichten.

4) Ueber die Assoziationsaussichten äussert sich K. skeptisch. Die Neutralitätserfordernisse seien eine endgültige Schranke, die nicht überstiegen werden könnte. Die einzig richtige Lösung sei eine multilaterale Assoziierung der beiden europäischen Organisationen. Er werde nicht müde werden, diese These konsequent immer wieder zu vertreten, auch wenn sie heute als nicht realistisch erscheine und man ihm deswegen Vorwürfe mache. Bis zum Zustandekommen einer solchen Assoziierung könne ein Handelsvertrag mit Zollkontingenten mit der EWG abgeschlossen werden. Dieser These stimmte ich im Gespräch zu.

K. erklärt, dass die Schweiz und Oesterreich dank der EFTA in etwa vier Jahren ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden würden. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, z.B. auf dem Holzsektor, seien minim und könnten ohne weiteres

überwunden werden. Die Schweiz und Oesterreich ergänzten sich sehr gut. Schon zwei Tage vorher hat mir übrigens Minister Kirchschräger, Rechtsberater des Aussenministeriums und vor kurzem zum Kabinettsdirektor des Aussenministers ernannt, bei sich zu Hause den Vorschlag einer Zollunion zwischen den beiden Ländern gemacht. Ich habe deshalb den Eindruck, es handle sich hier um einen Versuchsballon in der Richtung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Oesterreich.

Nach K. wird das Assoziationsproblem zur grössten innenpolitischen Krise führen, die Oesterreich je gekannt hat. Bei diesen Erklärungen wurde mein Gesprächspartner ausserordentlich ernst. Es handle sich um eine eigentliche Lebensfrage und nicht nur um eine solche an der Oberfläche wie die Geheimakten von Innenminister Olah, die ohne weiteres gelöst werden könne. Die OeVP sei leider völlig gespalten. Ihre starken Leute sässen nicht in der Regierung, während ihre vernünftigen Vertreter dort nicht über den nötigen Einfluss in der Partei verfügten. Die OeVP werde ihm persönlich und der SPOe vorwerfen, die Lebensinteressen Oesterreichs für die Neutralität zu opfern. Diese Kreise wünschten nur ein Minimum an Neutralität.

K. befürchtet auch eine Intervention der Sowjetunion, sofern wirklich eine Assoziation in Aussicht stehe. Wahrscheinlich werde dann das Verfahren nach Art. 35 des Staatsvertrages eingeleitet werden. Für Oesterreich bedeute das eine Erschütterung seiner aussenpolitischen Stellung. Für die Sowjetunion sei übrigens Deutschland viergeteilt und einer dieser vier Teile stelle Oesterreich dar. Wenn Russland bis an den Rand des Krieges gehe, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern, sei wohl dasselbe im Falle Oesterreichs zu befürchten. Die EWG-Anhänger in Oesterreich gingen dieses Risiko bewusst ein. Das russische

Einschreiten werde eine grosse Vertrauenskrise bewirken. Das werde auch zu einer Kapitalflucht führen. Materiell sei diese allerdings nicht tragisch zu nehmen, da die österreichischen Währungsreserven sehr gross seien.

K. hält an der EFTA fest. Der Kündigungsartikel des EFTA-Vertrages ist nach ihm durch die Londoner und Genfer Erklärungen überholt. Eine Kündigung sei rechtlich nicht mehr möglich. Zwar würden die EFTA-Partner Oesterreich diese wohl zugestehen und keine Schwierigkeiten machen. Aber die Vertragsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit Oesterreichs wären dann dahin.

Ueber die negative Reaktion des Stellvertreterrates der EWG zu den Ergebnissen der Sondierungsgespräche zwischen Oesterreich und der EWG war Kreisky orientiert.

Oesterreich müsse grundsätzlich die Neutralität beibehalten und zwar nach dem Muster der Schweiz. Die Russen wollten Oesterreich immer das Beispiel Finnlands und seiner Neutralität aufdrängen, mit der Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation. Wenn das Vorbild der Schweiz aufgegeben werde, habe die österreichische Neutralitätspolitik überhaupt keinen Halt mehr.

Schliesslich äusserte sich K. noch äusserst kritisch über den amerikanischen Unterstaatssekretär George Ball, der ein völlig falsches Bild über Europa habe und einen ungünstigen Einfluss ausübe.

5) Schliesslich kam K. auf Otto von Habsburg zu sprechen. Ich sagte dazu, dass ich nicht begreife, warum diese Angelegenheit eine derartige Bedeutung für Oesterreich habe. Für eine Restauration bestehe doch wohl nicht die geringste Aussicht.

K. ist ebenfalls wieder dieser Ansicht. Otto habe aber politische Ambitionen. Er strebe das Amt eines Justizkanzlers an, wobei er sich an Vorbilder nordischer Staaten halte. Er möchte eine Art Schiedsrichterrolle über den Parteien erlangen, ähnlich der Konzeption, die de Gaulle zu Beginn der V. Republik vertreten habe. Nicht in Frage komme die Wiederherstellung der Monarchie; das wolle er selber nicht. Die Absichten Ottos seien gefährlich angesichts der gegenseitigen Lahmlegung der Parteien. Aus dem gleichen Grund sei im Volk ein Hang zu einer autoritären Regierung festzustellen.

Um die Angelegenheit zu erledigen, habe die SPOe der OeVP eine Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr Ottos vorgeschlagen. Er sei überzeugt, dass das Volk sich dagegen aussprechen würde. Da diese Ansicht in einem gewissen Widerspruch zu derjenigen über die Gefährlichkeit Ottos steht, habe ich nachher Kirchschräger eine entsprechende Frage gestellt. Nach ihm würde das Volk die Rückkehr lediglich ablehnen, um Ruhe zu haben. Im übrigen stelle die ganze Angelegenheit einen Ueberrest der Bürgerkriegspsychose aus dem Jahre 1934 dar.

Nach K. hätten die Russen und die Tschechen bereits eine Anzahl falscher Dossiers über Otto aufgebaut, die im geeigneten Zeitpunkt gegen Oesterreich verwendet würden. Unter anderem werde darin Otto als eine Art "Reichsprotector" von Oesterreich bezeichnet. Die Oststaaten würden also die Habsburger-Frage mit dem Anschlussproblem in Zusammenhang bringen.

Schliesslich nimmt man Otto frühere politische Schritte übel. K. erwähnte besonders einen Brief, den der Thronprätendent während der Potsdamer Konferenz am 2. Juli

1945 an Präsident Truman gerichtet hat und der in der von den Amerikanern herausgegebenen Aktensammlung über die Konferenz publiziert ist (Foreign Relations of the United States, Conference of Berlin, II, S. 659-661). In diesem Brief schlägt Otto u.a. vor, dass die provisorische Regierung unter Dr. Renner von den Alliierten nicht anerkannt werden solle, weil sie von den Kommunisten beherrscht sei. Damit scheint er sich in den Kreisen der SPOe besonders verhasst gemacht zu haben.

Einladung